Das schwarze Loch

Autor(en): **Forster, Peter**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **86 (2011)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

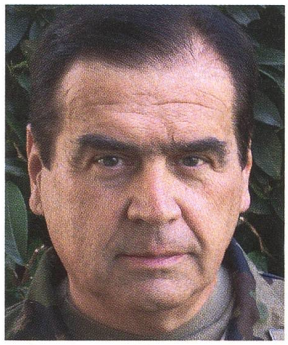
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Das schwarze Loch



Wir Schweizer haben gute Nachbarn; aber manchmal können wir auch von guten Anrainern lernen, wie wir es *nicht* machen dürfen.

Was Deutschland und Österreich derzeit in Sachen Wehrpflicht bieten, dient uns als abschreckendes Beispiel. In Berlin setzte die schwarz-gelbe Regierung noch unter dem Freiherrn zu Guttenberg die Wehrpflicht aus, ohne dass ein neues Wehrmodell geprüft und für gut befunden worden war.

Die Bundeswehr, bei allen Mängeln noch immer eine redoutable Streitmacht, sieht vor sich ein schwarzes Loch. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht entfällt für die Jungen die Verpflichtung, dem Land eine Zeitlang zu dienen.

Konkret heisst das: Die Bundeswehr muss «auf dem Markt» Freiwillige anwerben. Sie ist darauf angewiesen, dass sie in Konkurrenz mit der Wirtschaft genügend tüchtige Deutsche für den Militärdienst gewinnen kann.

Im Moment sieht es trist aus. Wir trafen in Berlin einen Obergefreiten, der freiwillig 23 Monate dient und 1100 Euro im Monat bezieht. Sein älterer Kamerad, ein Stabsgefreiter, verpflichtete sich für vier Jahre und bekommt 1500 Euro. Im Wettbewerb mit der Wirtschaft reicht das in Ländern wie Bayern oder Baden-Württemberg bei weitem nicht. Die Bundeswehr fasst jetzt «Anreize» ins Auge – vor allem finanzieller Art. Wie ein hochrangiger Kommandoträger einwirft, beisst sich so die Katze in den Schwanz: Die ganze «Abbruch-GmbH» läuft ja unter der Fuchtel des Sparens.

In Österreich richtet der Verteidigungsminister Darabos, der selber den Militärdienst verweigerte, Zerstörungen an, die nicht mehr zu flicken sind. In einer grausamen Wiener Posse entliess er den angesehenen, in der Truppe verankerten Generalstabschef Entacher, der sich beherzt für die Wehrpflicht eingesetzt hatte.

Die Österreicher Wehrverbände kämpfen mit aller Kraft gegen den behördlichen Unsinn – aber die Schäden sind irreparabel.

Was heisst das für uns? Wir müssen die allgemeine Wehrpflicht in gemeinsamer Anstrengung mit den bürgerlichen Parteien durch dick und dünn verteidigen. Die Schweizer Milizarmee steht und fällt mit guten Kadern. Nur mit der Wehrpflicht gewinnen wir die jungen Schweizerinnen und Schweizer, welche die Zukunft unserer Armee gewährleisten.

Und wir treten Phantasiegebilden entgegen, wie sie Professor Haltiner mit seiner unsäglichen «freiwilligen Miliz» erdachte. Wir stemmen uns – bei aller Anerkennung der guten Arbeit unseres Berufsmilitärs – gegen eine Berufsarmee, die auch staatspolitisch niemand will.

Von unseren Nachbarn können wir lernen. Wir sind stark genug, die Fehler zu vermeiden, die dort den Streitkräften fast die Luft abschneiden.

Peter Forster, Chefredaktor

Die kleine Notiz: Seltsames ist vom Polen Jerzy Buzek zu hören. Der Präsident des «Europäischen Parlamentes» liess in Bern verlauten, in ihrer Beziehung zur EU brauche die Schweiz einen Quantensprung, und zwar «um des Wohlergehens der Schweizer als Europäer willen.»

Hören wir richtig? «Um des Wohlergehens der *Schweizer* willen»? – im Frühsommer 2011, mitten in der tödlichen Krise, die Europa gerade durchmacht? Was für eine krude Logik! Die Schweiz hat allen Grund, dem Schicksal dankbar zu sein, dass sie der EU fernsteht.

Milliarden und Abermilliarden versenken die Euro-Staaten in Athen. Die Kanzlerin Merkel steht vor der Wahl, die eigenen Banken direkt zu retten oder wieder Unsummen guten Geldes schlechtem Geld nachzuwerfen. Was an Europa ist da begehrenswert? Nichts, rein gar nichts.